

URGENT ACTION

FRIEDLICHER AKTIVIST VERURTEILT

ISRAEL / BESETZTE PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

UA-Nr: **UA-026/2018-1** AI-Index: **MDE 15/8054/2018** Datum: **19. März 2018** – sa

Herr **MUNTHIR AMIRA**, 48 Jahre

Am 12. März verurteilte ein israelisches Militärgericht den palästinensischen Menschenrechtler Munthir Amira zu sechs Monaten Haft, fünf Jahren Bewährung und einer Geldstrafe. Er wurde aufgrund von Anklagepunkten verurteilt, die sich auf seine friedliche Teilnahme an Protestveranstaltungen beziehen.

Der palästinensische Aktivist und Menschenrechtler Munthir Amira wurde am 12. März vom Militärgericht in Ofer im besetzten Westjordanland zu sechs Monaten Haft, fünf Jahren Bewährung und einer Geldstrafe von 2.000 israelischen Schekel (etwa 581 US-Dollar) verurteilt. Er wurde vier der 13 Anklagepunkte für schuldig befunden. Seine Haftstrafe soll am 28. Juni 2018 enden. Munthir Amira ist derzeit im Hadarim-Gefängnis in Israel inhaftiert.

Er war am 27. Dezember 2017 von israelischen Soldat_innen festgenommen worden, als er friedlich an einer Protestveranstaltung teilgenommen hatte. Die Veranstaltung war von palästinensischen Anwohner_innen und Aktivist_innen in Bethlehem im besetzten Westjordanland organisiert worden. Sie forderte die Freilassung der Aktivistinnen Ahd und Nariman Tamimi.

Munthir Amira stand in 13 Punkten unter Anklage, die sich auf seine Teilnahme an fünf verschiedenen Demonstrationen bezogen. Er wurde in vier Fällen der „Störung der Öffentlichen Ordnung“ und der Teilnahme an einer „unangemeldeten Protestveranstaltung“ schuldig gesprochen, die in Verbindung mit vier Demonstrationen im November und Dezember 2017 standen. Einige dieser Anklagepunkte, z. B. die Teilnahme an einer unangemeldeten Protestveranstaltung nach Militärverordnung 101, erfüllen keine Straftatbestände nach internationalen Standards. Die Beweisführung vor Gericht gegen Munthir Amira führte das Tragen von Schildern mit den Aufschriften „USA zurechtweisen“ und „die Balfour-Deklaration“ an, aber auch das Tragen eines Schildes mit einem Bild der Aktivistin Ahd Tamimi.

Zusätzlich wurde Munthir Amira angeklagt, Gegenstände auf Personen bzw. Gebäude geworfen zu haben und Beamt_innen der israelischen Grenzpolizei mit Steinen beworfen zu haben. Diese Vorwürfe beziehen sich auf eine Protestveranstaltung vom 22. Dezember 2017 gegen die Entscheidung von US-Präsident Donald Trump, Jerusalem als die Hauptstadt Israels anzuerkennen. Munthir Amira wies diese Vorwürfe von sich und das Gericht hat sie fallengelassen.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Der 48-jährige palästinensische Aktivist und Menschenrechtler Munthir Amira koordiniert derzeit die Aktivitäten der Aktivistengruppe *Popular Struggle Coordination Committee* (PSCC). PSCC beschreibt sich selbst als eine basisdemokratische Widerstandsbewegung, in der sich Menschen u. a. mit Hilfe von Streiks, friedlichen Protesten und juristischen Kampagnen engagieren. Außerdem bietet PSCC Rechtsberatung und sonstige Unterstützung für Aktivist_innen an und fördert den Aufbau neuer Gruppen und Initiativen in den besetzten palästinensischen Gebieten.

Munthir Amira ist ein palästinensischer Flüchtling aus Deir Aban in der Nähe von Jerusalem. Er lebt im Aida-Flüchtlingslager nahe Bethlehem und arbeitet dort als Sozialarbeiter und Direktor des Aida-Jugendbegegnungszentrums. Laut Angaben von PSCC engagiert sich Munthir Amira für palästinensische Landwirte, die von der israelischen Siedlungspolitik betroffen sind, und unterstützt den Vertrieb von lokal hergestellten palästinensischen Produkten. Basierend auf dem Prinzip der Gewaltfreiheit organisiert er in Bethlehem regelmäßig friedliche Protestveranstaltungen gegen israelische Aktivitäten.

Nach seiner Festnahme wurde in 13 Punkten Anklage gegen Munthir Amira erhoben. Die Vorwürfe beziehen sich auf fünf verschiedene Demonstrationen in der Nähe des Kontrollpunkts bei Rachels Grab in Bethlehem. Die meisten der Vorwürfe gegen ihn fallen unter die israelische Militärverordnung 101, die gegen Palästinenser_innen auch für die

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321. E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



friedliche Äußerung politischer Ansichten eingesetzt wird. Die Anklagen gegen Munther Amira lauten: „Störung der öffentlichen Ordnung“ aufgrund der Teilnahme an Protestveranstaltungen und „nicht genehmigten Demonstrationen“ am 1. November, 13. Dezember, 22. Dezember, 23. Dezember und 27. Dezember 2017; „Behinderung eines Soldaten“ am 27. Dezember; und das „Bewerfen israelischer Soldaten mit Steinen und einem gefährlichen Gegenstand“ am 22. Dezember. Bis auf letzteren Anklagepunkt beziehen sich alle Vorwürfe gegen Munther Amira allein auf seine Teilnahme an Protestveranstaltungen und seine organisatorische Rolle.

Menschenrechtsverteidiger_innen in den besetzten palästinensischen Gebieten werden seit langem von israelischer Seite drangsaliert, um ihrem Engagement die Legitimation abzuspochen. Laut Angaben von PSCC war Munther Amira von israelischen Streitkräften unter Druck gesetzt worden, seinen Aktivismus einzustellen. Drei Monate vor seiner Festnahme soll man ihm mit Konsequenzen und Festnahme gedroht haben. PSCC ist der Ansicht, dass mit der Festnahme von Munther Amira aktivistische Stimmen im Kampf um die Rechte von Palästinenser_innen zum Schweigen gebracht werden sollen. Die israelische Militärverordnung 101 regelt das Recht von Palästinenser_innen im Westjordanland auf freie Meinungsäußerung und öffentlichen Protest. Die Verordnung verbietet grundsätzlich Versammlungen von mehr als zehn Personen „zu einem politischen Zweck oder einem Zweck, der als politisch interpretiert werden könnte“, außer wenn die Versammlung von einem israelischen Militärführer vor Ort bewilligt wurde. Ein Verstoß gegen diese Verordnung kann mit bis zu zehn Jahren Haft bzw. einer hohen Geldstrafe geahndet werden.

SCHREIBEN SIE BITTE

FAXE, E-MAILS ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Lassen Sie Munther Amira bitte umgehend und bedingungslos frei, da er ein gewaltloser politischer Gefangener ist, der nur aufgrund der Wahrnehmung seiner Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit inhaftiert ist.
- Bitte sprechen Sie sich dafür aus, dass sein Schuldspruch aufgehoben wird.
- Heben Sie die Militärverordnung 101 auf und respektieren Sie die Rechte von Palästinenser_innen im besetzten Westjordanland auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit.

APPELLE AN

MINISTERPRÄSIDENT

Benjamin Netanyahu
Office of the Prime Minister
3 Kaplan St, PO Box 187, Kiryat Ben-Gurion
Jerusalem 91950, ISRAEL
(Anrede: Dear Prime Minister /
Sehr geehrter Herr Ministerpräsident)
E-Mail: pm_eng@pmo.gov.il

BEFEHLSHABER DER ISRAELISCHEN STREITKRÄFTE – WESTJORDANLAND

Major-General Roni Numa
GOC Central Command
Military Post 02367, Battalion 877
Israel Defence Forces, ISRAEL
(Anrede: Dear Major-General Roni Numa /
Sehr geehrter Herr Generalmajor)
Fax: (00 972) 2 530 5741, (00 972) 2 530 5724

KOPIEN AN

VERTEIDIGUNGSMINISTER

Avigdor Liberman
Ministry of Defence
37 Kaplan Street
Hakirya Tel Aviv 61909
ISRAEL
E-Mail: minister@mod.gov.il oder pniot@mod.gov.il
Fax: (00 972) 3 691 6940

BOTSCHAFT DES STAATES ISRAEL

S. E. Herrn Jeremy Nissim Issacharoff
Auguste-Viktoria-Straße 74-76
14193 Berlin
Fax: 030 – 8904-5555
E-Mail: botschaft@israel.de

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Hebräisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **30. April 2018** keine Appelle mehr zu verschicken.

Weitere Informationen zu **UA-026/2018** (MDE 15/7841/2018, 8. Februar 2018)

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- Immediately and unconditionally release Munther Amira as he is a prisoner of conscience and is imprisoned solely for exercising his human rights to freedom of expression and to peaceful assembly.
- Ensure his conviction is quashed.
- Rescind Military Order 101 and fully respect the right of Palestinians in the occupied West Bank to freedom of expression and peaceful assembly.

AMNESTY
INTERNATIONAL

